

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2013
– Drucksache 15/3238

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

- I. von der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2013 – Drucksache 15/3238 – Kenntnis zu nehmen;
- II. die Berichtspflicht aufgrund des Landtagsbeschlusses vom 30. Januar 1980 (Drucksache 7/6821 Nr. 2) aufzuheben und den Bericht über entwicklungspolitische Maßnahmen künftig in den Quartalsbericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen zu integrieren.

21. 03. 2013

Die Berichterstatterin:

Friedlinde Gurr-Hirsch

Der stellvertretende Vorsitzende:

Gerhard Stratthaus

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung Drucksache 15/3238 in seiner 16. Sitzung am 21. März 2013.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Redner im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Amtierender Vorsitzender Gerhard Stratthaus wies darauf hin, dass die Zuständigkeit für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zum Staatsministerium gewechselt sei. Das Staatsministerium

Ausgegeben: 08.04.2013

1

lege bereits vierteljährlich einen Bericht über europapolitische Themen vor. Nun solle im Zuge dessen auch eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungspolitik erfolgen. Aus diesem Grund werde die Berichtspflicht aus dem Landtagsbeschluss vom 30. Januar 1980 neu ausgestaltet.

Minister Peter Friedrich führte aus, er wolle dem Landtag regelmäßig über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit berichten, aber damit keinesfalls eine Berichtsflut auslösen.

Der Ministerrat habe am 5. Februar dieses Jahres die neuen entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg mit nur wenigen Änderungen am Entwurf beschlossen. Die Grundlage hierfür sei zusammen mit den im Beteiligungsverfahren „Welt:Bürger gefragt! – Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung“ engagierten Abgeordneten, Kommunen und der Zivilgesellschaft in großem Konsens erarbeitet worden. Er begrüße, dass nicht nur die Regierung daran gehe, diese entwicklungspolitischen Leitlinien umzusetzen, sondern dass sich auch Kommunen, Unternehmen und andere mehr einbrächten. So entstünden beispielsweise neue entwicklungspolitische Projekte auf kommunaler Ebene. Er gehe davon aus, dass auch der Landtag darüber beraten werde, wie die entwicklungspolitischen Leitlinie umgesetzt werden sollten.

Die gute Zusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit werde fortgesetzt. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit wolle ihre Arbeit den entwicklungspolitischen Leitlinien anpassen.

Außerdem werde die Messe FAIR HANDELN fortgeführt, auf der der angesprochene Beteiligungsprozess „Welt:Bürger gefragt!“ gestartet worden sei, der zu den entwicklungspolitischen Leitlinien geführt habe. Auch in diesem Jahr werde auf dieser Messe eine Beteiligungskonferenz zur Entwicklungspolitik stattfinden.

Künftig solle das Eine-Welt-Promotorenprogramm der Bundesregierung stärker genutzt werden, um in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer Professionalisierung zu kommen. Auch auf weiteren Ebenen und Gremien wie im Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration erfolgten derzeit erste Schritte, um in der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt aufzutreten.

Abg. Rita Haller-Haid SPD erklärte, die SPD-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn die entwicklungspolitischen Leitlinien im Plenum des Landtags behandelt und dieser die Leitlinien verabschieden würden. Das angesprochene Beteiligungsprojekt, das zu den entwicklungspolitischen Leitlinien geführt habe, würde dadurch weiter aufgewertet. Darüber hinaus schlug sie vor, dass sich auch die anderen Ausschüsse des Landtags mit den entwicklungspolitischen Leitlinien befassen, da Entwicklungspolitik eine Querschnittsaufgabe darstelle.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP wies darauf hin, dass sich der Ausschuss bereits in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2013 mit dem Beteiligungsprojekt „Welt:Bürger gefragt!“ im Zuge der Beratung des Antrags Drucksache 15/2771 befasst habe.

Da auch der Ministerrat die entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg beschlossen habe, schlage er vor, von der vorliegenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit nicht das Staatsministerium für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zuständig gewesen sei, würde er es ebenfalls begrüßen, wenn sich die anderen Ausschüsse mit der vorliegenden Mitteilung befassen.

Abg. Josef Frey GRÜNE äußerte, auch wenn bereits viele Abgeordnete beim angesprochenen Beteiligungsprojekt engagiert gewesen seien, spreche sich auch seine Fraktion dafür aus, dass sich der gesamte Landtag mit den entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg befasse; dadurch werde dem Thema mehr Auftrieb verliehen. Er sei beeindruckt, wie viele Personen und Einrichtungen beim Beteiligungsprojekt „Welt:Bürger gefragt!“ mitgewirkt hätten; dies sei einmalig. Insoweit sollte auch der Landtag ausdrücken, dass er die entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg trage.

Die im Haushalt für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstehenden Mittel seien erhöht und verstetigt worden. Im Übrigen freue ihn, dass die Aufgaben des Dynamischen Europapools auf den Bereich Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet würden. Dies gewähre einen Blick über den Tellerrand. Im Übrigen gehe damit keine Ausweitung der Personalstellen einher.

Er rege an, den Titel der regelmäßigen Mitteilungen der Landesregierung zu aktuellen europapolitischen Themen zu ändern, um der Aufnahme des Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden. Außerdem könnten die Projekte, die in der Entwicklungsarbeit durchgeführt würden, den Berichten der Landesregierung beigelegt werden.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP interessierte sich, ob es seit der vorliegenden Mitteilung neuere Informationen zur entwicklungspolitischen Partnerschaft des Landes mit Burundi gebe.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU brachte vor, der Dynamische Europapool sei um die Projektgruppe Entwicklungspolitik erweitert worden. Dies entspreche nicht der eigentlichen Intention des Dynamischen Europapools. Insoweit bestehe die Gefahr, dass das Ziel der Stärkung der Europafähigkeit in der Landesverwaltung geschwächt werde.

Minister Peter Friedrich legte dar, die Überschrift der Mitteilungen der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit könne angepasst werden.

Derzeit werde u. a. mit dem Botschafter von Burundi ein Partnerschaftsabkommen erarbeitet. Dieses solle im Rahmen einer Delegationsreise nach Burundi voraussichtlich im November dieses Jahres unterschrieben werden. Bei der Erarbeitung des Partnerschaftsabkommens würden darüber hinaus noch andere Akteure wie der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration eingebunden. Damit solle das Partnerschaftsabkommen eine breite Basis erhalten.

Die Europafähigkeit des Dynamischen Europapools behalte die Landesregierung durchaus im Blick. Dies stelle nach wie vor Schwerpunkt der Arbeit des Dynamischen Europapools dar. Bereits derzeit seien darüber hinaus einzelne Mitarbeiter im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Mit dem Ausbau des Dynamischen Europapools sollten Erfahrungen in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen gewonnen werden. Die Bundesregierung erhoffe sich dadurch, verstärkt in der Entwicklungszusammenarbeit auf Baden-Württemberg zurückgreifen zu können.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

29. 03. 2013

Friedlinde Gurr-Hirsch